

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135.

Dienstag, den 13. Juni 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Wahlschlacht in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts kamen 87 Sozialdemokraten in das Parlament, davon 50 Deutsche, 24 Tschechen, 6 Polen, 5 Italiener und 2 Ruthenen. Die italienischen Genossen haben von ihren fünf Mandaten eines verloren, da einer ihrer Triester Abgeordneten, Pagrini, aus der Partei austrat, sein Mandat zurücklegte und bei den Nachwahlen Verräterdienste den Bürgerlichen leistete. Auch die deutschen Sozialdemokraten haben ein Mandat verloren: nach dem Tode des Genossen Barth ging der Bezirk Gabsburg-Land, wo die Organisation während der langen Krankheit Barths sehr gelitten hatte, an die Deutschnationalen verloren. Dafür haben aber die deutschen Sozialdemokraten zwei andere Mandate in Nachwahlen erobert: Genosse Müller, einer der Leiter der Eisenbahner-Gewerkschaft, hat das Mandat im schlesischen Landbezirk Sauernd, das im Jahre 1907 von dem deutschnationalen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Kaiser im ersten Wahlgange erobert worden war, der Sozialdemokratie erstritten, als es durch Kaisers Tod freigeworden war, und Genosse Holzhammer wurde im ersten Wahlgange von Innsbruck nach der Mandatsniederlegung des Deutschnationalen Dr. Erler gewählt, so daß die Sozialdemokratie nun beide Mandate der Hauptstadt von Tirol besaß. Es waren also am Ende der Session 87 Sozialdemokraten, wie am Anfang.

Als das Parlament aufgelöst wurde, hofften die Regierungsparteien — vor allem Deutschnationalen und Christlichsozialen — den deutschen Sozialdemokraten so viel Mandate abnehmen zu können, daß Bienerth im neuen Parlament eine feste, verlässliche Majorität habe. Das war ja auch der eigentliche Grund der Auflösung: die Mehrheitsparteien trauten sich nicht, die Steuerpläne der Regierung zu bewilligen, da ja in zwei Jahren ohnedies die Wahlen hätten sein müssen und dann die Sache der Wähler zu befürchten war. Auch war die Mehrheit der Regierung so gering, daß schon einige Abseuerungen die unangenehmsten Komplikationen für Bienerth mit sich bringen mußten. Mit der Auflösung sollte also erreicht werden, daß die Steuermehrheit gestärkt werde und daß die neuen Abgeordneten ohne Furcht vor den Wählern die neuen Steuern bewilligen können. Anfangs rechneten die Deutschnationalen und die Christlichsozialen darauf, den deutschen Sozialdemokraten nicht weniger als 18 Mandate abnehmen zu können. Es war einfach möglich, wie ihre Statistiker mit den Ziffern changierten: in dem einen Wahlkreis würde man siegen, wenn alle, die sich das vorige Mal nicht beteiligten, für die bürgerlichen Kandidaten stimmen, in dem anderen, wenn man den Sozialdemokraten 200 oder 500 Stimmen abnehmen könnte, in dem dritten bei einer Kombination beider „Wenn“. Nun kommen die Herren aber allmählich darauf, daß die Aussichten weniger erfreulich sind, als sie es sich anfangs vorgestellt hatten. Je näher die Wahlen heranrückten, um so mehr sahen sie, daß ihre Lügen wenig Eindruck gemacht haben und daß die Reihen der sozialdemokratischen Arbeitererschaft unerschütterlich dastehen. Die größten Hoffnungen hatten sie auf die mit Fabrikantengeld gezüchtete Deutsche Arbeiterpartei gesetzt, aber jetzt sehen sie allmählich doch ein, daß das Geld für diese Gründung hinausgeworfen war. Und dieser Tage schrieb erst das „Prager Tageblatt“, ein wirklich regierungstreues Blatt in einer Betrachtung über die Wahlchancen in Böhmen, man werde den Sozialdemokraten nicht 8 Mandate in Böhmen abnehmen, wie man gehofft hatte; die Sozialdemokraten, die zuletzt 15 deutsche Mandate in Böhmen gehabt hatten, würden im ungünstigsten Falle 12, im günstigsten aber 26 Mandate aus Deutschböhmen heimbringen. Waren sie gestern himmelhoch jauchzend, so sind sie heute zu Tode betrübt. Sind doch einige ihrer Führer in größter Angst um ihr Mandat.

Die deutsche Sozialdemokratie hat vor vier Jahren 34 Mandate im ersten Wahlgang erobert und war an 54 Stichwahlen beteiligt, von denen 16 zu ihren Gunsten ausfielen. In Deutsch-Böhmen wurden in der Hauptwahl 12 Sozialdemokraten gewählt; von den 24 Stichwahlen fielen 4 zu unseren Gunsten aus. In Mähren errang die deutsche Sozialdemokratie zwei Mandate im ersten und eins (bei 7 Stichwahlen) im zweiten Wahlgange, in Schlesien eins in der Hauptwahl und eins (von 6 Stichwahlen) in der engeren Wahl. Es ist begreiflich, daß die Stichwahlmandate nicht als sicherer Besitz gerechnet werden können. Aber etwaigen Verlusten der Stichwahlkandidaten stehen die möglichen Gewinne in anderen Stichwahlen gegenüber, da wir vor vier Jahren in einer ganzen Reihe von Bezirken nur um wenige

Stimmen zurückblieben. So ist es nahezu sicher, daß das Mandat in Falkenau-Land, das bei den vorigen Wahlen der „Freisozialist“ Starck in der Stichwahl mit deutschnationaler Hilfe eroberte, uns zufallen wird, da die Bergarbeiter darauf brennen, die Schande von 1907 wegzuwaschen. In Wien und Niederösterreich wird die Hauptschlacht zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen geschlagen werden. Die Christlichsozialen sind hier in vollständiger Auflösung. Hätten sie sich nicht bei der Wahlreform im Jahre 1907 durch eine kunstvolle Wahlkreisgeometrie sichere Bezirke geschaffen, in denen eine Handvoll Wähler einen Abgeordneten wählen, würde nicht der Magistrat durch schamlosen Wahlschwindel das Wahlgeld korrigieren und hätten sie nicht durch die Schaffung der Wahlpflicht in Niederösterreich sich einen Rückhalt an den Indifferenten verschafft, so würden sie diesmal einfach ekrausiert werden. So wird man sich in Wien damit begnügen müssen, den Christlichsozialen viele Stimmen und einige Mandate abzunehmen. Bisher hatten von den 38 Mandaten Wiens die Sozialdemokraten 10, die Deutschfreiheitlichen 3, die Christlichsozialen 20 inne. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 159 306 auf die Christlichsozialen, 124 756 auf die Sozialdemokraten und 33 000 auf die verschiedenen deutschfreiheitlichen Gruppen; fast 4000 Stimmen waren zersplittert, 7534 Stimmzettel wurden — eine Folge der Wahlpflicht — leer abgegeben. Fast sicher wird den Christlichsozialen das Mandat im Prater-Quartier der Leopoldstadt abgenommen werden, wo Schuhmeier außer in seinem Stammbezirk Ottokring kandidiert. Ernstlich gefährdet für die Christlichsozialen sind noch Margarethen und Hernals durch die Sozialdemokraten, ferner Währing (wo ihr Führer Prinz Lichtenstein um sein Mandat ringt) durch Sozialdemokraten und Deutschnationalen, das Parkviertel der inneren Stadt (bisheriger Abgeordneter Bieloklawek) durch die Liberalen. Im übrigen Niederösterreich hatten die Sozialdemokraten 6 Mandate, von denen eines, das des Genossen Bernerstorfer, in der Stichwahl errungen wurde. In Steiermark hatten wir 6 Mandate; nur in zwei Bezirken, wo wir die Mandate in der Stichwahl errungen hatten, gibt es einen ersten Kampf. In Tirol ist das bei einer Nachwahl gewonnene zweite Innsbrucker Mandat gefährdet, dagegen dürfte es gelingen, in Salzburg diesmal einen Sozialdemokraten durchzubringen. In Linz, wo wir alle drei Mandate besaßen, sind zwei sicherer Besitzstand, das dritte ist gefährdet.

So stehen die Chancen in den deutschen Bezirken. Viel schwieriger ist die Abschätzung der Aussichten bei den anderen Nationen. Namentlich bei den Tschechen; die tschechische Partei hat sich erst in den letzten Monaten gespalten und die neue Partei, die den Internationalismus und das Festhalten an der Gewerkschafts-Internationalen in den Vordergrund rückt, stellt in Mähren in allen tschechischen Bezirken selbständige Kandidaten auf. Dafür hat in Mähren die alte tschechische Partei ein Wahlkompromiß mit den Jungtschechen geschlossen, das so weit geht, daß der bisherige jungtschechische Abgeordnete in dem Bezirk, wo der Chefredakteur des „Roznovi“, Tujar, kandidiert, zugunsten Tujars zurückgetreten ist. In Böhmen wieder haben Jungtschechen und Tschechischradikale ein Wahlbündnis gegen die Sozialdemokraten geschlossen. Erwähnt sei nur, daß der Genosse Cingr, der die Bergarbeiter von Polnisch-Strau vertritt, aus der alten tschechischen Partei ausgetreten und der neuen internationalen tschechischen Partei beigetreten ist.

Die polnischen, ruthenischen und italienischen Genossen dürften ihre Mandate behalten. Daszynski, der das vorige Mal in Krakau unterlegen ist, und in das Parlament nur dadurch kam, daß Genosse Kieger in seinem schlesischen Wahlbezirk ihm Platz machte, wird diesmal voraussichtlich in Krakau gewählt werden.

Hoffentlich schlagen sich unsere österreichischen Genossen am heutigen Wahltage tapfer!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der neue Reichshaushalt und der alte Reichstag.

Unter dieser Überschrift wird der „Post“ von einem rechtsstehenden Parlamentarier geschrieben: in allen Reichsämtern werde eifrig an der Zusammenstellung der einzelnen Ressortentwürfen für das Haushaltsjahr 1912/13 gearbeitet. Die fertigen Voranschläge sollten im Laufe des nächsten Monats beim Reichschatzamt zur Prüfung und Genehmigung eingehen. Voraussetzlich werde jedoch von wirklichen Neuforderungen, „angefichts der noch immer prekären Finanzlage“, nur der geringste Teil die Zustimmung der Vermittlungsräte finden können, da besonders der in der Militärvorlage festgelegte Ausbau der Wehrkraft die verfügbaren Mittel ziemlich restlos aufbrauche. Vorläufig sei noch kein fester Beschluß gefaßt

worden, ob von Regierung wegen die diesmal bestimmt schon im Oktober und nach der Genehmigung durch den Bundesrat feststehenden Einnahmen- und Ausgabenziffern dem Parlament vorgelegt werden sollten. „Sollte jedoch der Herr Reichskanzler hierin nicht die im Reichstage sehr gewünschte Initiative selbst ergreifen wollen, so würden un schwer die Parteien im Wege einer Interpellation sich die u. a. für den Wahlkampf wichtige Belehrung der Öffentlichkeit über den Stand der Reichsfinanzreform pro 1912/13 zu verschaffen wissen. Falls die Liberalen einen derartigen Aufschluß nicht bei der Regierung nachsuchen, so dürften fraglos die für die Finanzreform von 1909 verantwortlich zeichnenden Parteien auf einer solchen Klarlegung über den Erfolg der neuen Steuererträge bestehen.“

Die „Post“ gibt diese Zuschrift ohne jede weitere Bemerkung wieder. Schade, daß sie nicht verrät, wie sich das Geständnis der „noch immer prekären Finanzlage“ mit der brennenden Sehnsucht der für die Finanzreform von 1909 verantwortlich zeichnenden Parteien verträgt, den Haushaltsplan für 1912/13 schon im Oktober 1911 „kennen lernen“ zu wollen.

„Die preussische Bureaucratie als Kunstwerk“.

In den „Deutschen Nachrichten“, dem Zentralorgan der deutschen Beamenschaft, findet sich in einem Artikel mit der kuriosen Überschrift „Die preussische Bureaucratie als Kunstwerk“ folgender kurioser Ablass:

„Die Deutschen sind doch keine Sklaven und keine Afsaten, und wenn die Bureaucratie nicht letzten Endes vom Vertrauen des Volkes getragen würde und in gewissem Sinne ein Ausfluß des Volkswillens wäre, so würde sie längst fortgeweht oder umorganisiert worden sein. Die Fortentwicklung dieser großartigen Organisation, nicht ihre Verkümmern oder Einschränkung, ist eine Notwendigkeit. Es geht auch nicht an, daß man die einzelnen dadurch verärgert und ihnen die Freude am Schaffen vergällt, daß man ganze Kategorien für jeden Fehler verantwortlich macht und sie als Fossilien überwundener Wirtschaftsepochen hinstellt. Es ist an der Zeit, einmal klar auszusprechen was jeder noch so fortschrittlich gesonnene Deutsche der preussischen Bureaucratie zu danken hat.“

Es wird allerdings nur wenig fortschrittlich gesonnene Deutsche geben, die dem Zentralorgan der deutschen Beamenschaft, in seinen Ausführungen über die preussische Bureaucratie als Kunstwerk zustimmen!

Bauschutz!

Der land- und forstwirtschaftliche Hauptverein für den Regierungsbezirk Hannover feierte am Sonnabend das Fest seines 75jährigen Bestehens, an dem auch der preussische Landwirtschaftsminister, Freiherr v. Schorlemer, teilnahm. In seinem Glückwunsche brachte der Minister zum Ausdruck, die Provinz zeichne sich durch eine glückliche Besitzverteilung aus, und die Liebe zur Heimat mache es den Bewohnern zur Pflicht, das Erbe ungeteilt zu erhalten. Aber auch die Söhne vom Lande, die nicht auf dem väterlichen Hofe bleiben könnten, machten draußen ihrer Heimat Ehre, und wenn kürzlich von polnischer Seite das Wort gefallen sei, daß auf den Unselbungen im Osten nur der Bauschutz zusammengetragen werde, so habe er den Eindruck gewonnen, daß sich dieser Bauschutz aus deutschen Männern zusammensetze, die imstande seien, ihr Volkstum zu wahren, und die dafür eintreten, daß die Erde deutsch sei und deutsch bleibe.

Dieser freundliche Glückwunsch verfolgt augenscheinlich die Absicht, in den Kreisen des Ostmarkenvereins um Freundschaft zu werben, und die vorhandenen Mißstimmungen wieder auszugleichen.

Böswillige Nachrichten.

Aus Washington war gemeldet worden, Deutschland habe den vom Präsidenten Taft ihm vorgeschlagenen neuen Botschafter als unannehmbar bezeichnet. Dazu wird der „Kölnischen Zeitung“ offiziös aus Berlin geschrieben, diese Nachricht entbehre jedweden Grundes und falle in das Gebiet derjenigen böswilligen Nachrichten, womit gegen Deutschland Stimmung zu machen versucht werde. Bis jetzt hätten sich die Vereinigten Staaten noch in keiner Weise geäußert, wer zum Nachfolger des Botschafters Hill ausersehen sei. Deutschland sei also gar nicht in der Lage gewesen, irgendwie zu der Wahl Stellung zu nehmen.

Die Fundamente des Staates . . .

Was für groteske Formen der grobe Unfug bisweilen annimmt, der sich ungefüßt in den Spalten des „Reichsboten“ breit macht, möge folgende kleine Stichprobe illustrieren: „War es nötig, die Lehensverbreunungsvorlage im preussischen Landtage einzubringen? Nun ist sie im Abgeordnetenhause, allerdings mit einer Majo-

rität, wie sie knapper nicht möglich war, angenommen worden, und das Herrenhaus hat das Wort, das sie ihren eigentlichen Vätern, den christlich-demokratischen Demokraten, welche sie der Regierung abgerungen haben, hoffentlich vor die Füße werfen wird. All das Gerede über hygienische und andere Gründe ist wahrlich nicht imstande, das noch an christlicher Sitte hängende Volk über die wahren Gründe des Verlangens nach der Leichenverbrennung hinwegzuführen. Das christliche Volk weiß es nur zu gut, daß letzten Endes der Haß gegen den christlichen Glauben es ist, welcher die Leichenverbrennung immer und immer wieder verlangt hat. Und die Regierung? Sollte sie nicht merken, was auf dem Spiele steht? Kann sie ruhig zusehen, wie durch langsame aber stetige Maulwurfsarbeit die Fundamente des Staates unterminiert werden? Unser Wohlstand, eine umfangreiche Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande können freilich über manches hinwegtäuschen, aber die religiösen und sittlichen Faktoren werden nicht ungestraft im Leben der Völker hintangesetzt und mißachtet. Und nur die elsäß-lothringische Verfassungsvorlage mit ihrem demokratischen Wahlrecht und den famosen drei Bundesratsstimmen, mit welchen man dem preußischen Staate ein Misstrauensvotum sondergleichen ausgestellt hat, sodaß sich jedem echten Preußen das Herz darob im Leibe umdreht.

Der echte Preuße mit dem umgedrehten Herzen ist, wie der „Reichsbote“ verrät, in konservativen Kreisen im Westen zu suchen.

Höfische Verstimmungen.

Prinz Max von Baden, der künftige Großherzog, ist kurz vor seiner Beförderung zum Divisionskommandeur aus dem Militärdienst ausgeschieden. Offiziös wurde der auffällige Rücktritt damit begründet, daß er als Präsident der Ersten Kammer mit parlamentarischen Geschäften zu überlastet sei. Die „Deutsche Montagsztg.“, ein konservatives Blatt, erzählt nun, daß höfische Verstimmungen diesem Schritt zugrunde lägen; wir geben diese Erzählung wieder, weil auch der Sozialdemokratie darin eine Rolle zugewiesen wurde:

Neulich war das Kaiserpaar in Karlsruhe zu Besuch. Prinz Max blieb auf seinem Gut und kam nicht in die Residenz. Das war kein Zufall, und alles offiziöse Geschwätz wird den Glauben nicht wegnehmen, daß da jemand arg verschluckt ist. Stimmt. Prinz Max hat als Kammerpräsident nicht verschmäht, wenn die Gelegenheit ergab, auch mit sozialdemokratischen Abgeordneten sich zu unterhalten und über ihre Ansichten sich informieren zu lassen. Ist das von dem vpreußischen Standpunkt deren um Kröcher aus gesehen — die den Sozialdemokraten nur als Objekt, nicht als Subjekt der Gesetzgebung gelten lassen wollen — nicht eine Todsünde? Zweitens: Prinz Max hat eine Tochter des Herzogs von Cumberland geheiratet, den seine Anhänger noch immer als legitimen König von Hannover betrachten, und hat dennoch die vielfach erwünschte und verheißene „Veröhnung“ dieses Sohnes des Königs Georg nicht herbeiführen vermocht. Der Herzog von Cumberland ist auch seit dieser Heirat seiner Tochter jeder Möglichkeit, dem Kaiser zu begegnen, ausgewichen. Daraus sind Verstimmungen entstanden, deren Details wir nicht ohne Nötigung aus Licht ziehen mochten, die aber mehr als irgendwelche Pflichtenüberlastung zu dem Entschluß des Prinzen beigetragen haben.

Es ist nicht das erstemal, daß zwischen dem Kaiserpaar und dem Berliner Hof Differenzen ausgebrochen sind. Als der gegenwärtig regierende Großherzog plötzlich sein militärisches Kommando in Koblenz niederlegte, wurde ebenfalls behauptet, daß es auch Differenzen mit dem Kaiser gegeben habe. Da scheint ja nun wieder Frieden zu sein. Im badischen Voive alleirdings ist man auch jetzt auf Preußen noch nicht gut zu sprechen und diese neue Episode, selbst wenn sie keinerlei politischen Hintergrund haben sollte, wird sicher die antipreußische Stimmung erheblich verstärken.

Das reichsländische Zentrum.

Am Sonntag tagten in Straßburg etwa 80 unberechtigter Vertreter der elsäß-lothringischen Zentrumspartei, um über das zukünftige Parteiprogramm zu beraten, wie es sich durch die neue Verfassung gestalten könnte. Es wurde folgender Entschluß gefasst: Der Vertretertag der elsäß-lothringischen Zentrumspartei verurteilt aufs schärfste die ablehnende Haltung, welche die Reichstagsfraktion des Zentrums seinen Beschlüssen in Sachen der Verfassungsreform Elsäß-Lothringens hat angebeihen lassen und beschließt: 1. den Reichstagsabgg. Vektor, Hauß, Hoen, Dr. Ricklin, Wetterle, Dr. Will und Willberger, sowie den der Partei angehörigen „andesauschlußabgeordneten volles Vertrauen für ihre Haltung gelegentlich der Beratung des Verfassungsgesetzes auszudrücken; 2. an seiner eigenen unabhängigen Landesorganisation mit deren Namen und Programm festzuhalten, dagegen den Beitritt zum neu zu gründenden Ausschuß der Zentrumspartei abzulehnen; 3. darüber, ob in Zukunft die dem elsäß-lothringischen Zentrum angehörigen Abgeordneten gleichzeitig der Zentrumsfraktion des Reichstags angehören sollen, hat statutengemäß die Kreisorganisation zu beschließen.

Zu diesen Entschlüssen bemerkt der „Lokalanzeiger“, damit sei in den Reihen des elsäßlichen Zentrums offene Zwietracht ausgebrochen. Ob den Nutzen davon — zunächst bei den im Laufe dieses Jahres vorzunehmenden Landtagswahlen — die Partei der Wetterle und Blumenthal oder aber die Linke davontragen werde, dürfte im wesentlichen von der Rührigkeit abhängen, mit der die liberal-demokratischen Parteien den Wahlkampf führen würden.

Sewissenlose Gehe.

Die „Post“ meint, die ganze französische Politik in Marokko seit der Besetzung von Udschba sei eine ununterbrochene Verletzung der Algecirasakte, eine Verhöhnung und Verhöhnung Deutschlands, eine Mißachtung unserer Macht und Stellung. Der „Post“ ist „der Humor vergangen“, die Scham sei ihr geblieben, die Scham über die Haltung der deutschen auswärtigen Politik. Das Beschämende erblickt die „Post“ hauptsächlich darin, daß eine Macht wie Spanien, die sich in keiner Weise mit dem deutschen Reiche vergleichen könne, die Klugheit und den Mut besitze, aus der Besetzung von Fes durch die Franzosen die freie Aktion für sich herzuleiten und die

Konsequenz tapfer zu ziehen. Deutschland habe solche Folgen der Besetzung von Fes amtlich in der „Norddeutschen Allgemeinen“ zwar angekündigt, aber bisher noch nicht den Mut gefunden, auch durchzuführen. Der Deutsche müsse bald anfangen, die Spanier um ihre auswärtige Politik zu beneiden. Im spanischen Ministerrat sei erklärt worden, Untätigkeit im gegenwärtigen Augenblick sei Vernachlässigung der obliegenden Pflicht. Im deutschen auswärtigen Amt scheine man leider ganz anderer Meinung zu sein.

Wahrscheinlich wäre der „Post“ und ihren Önnern jetzt, in der Zeit vor den Wahlen, nichts angenehmer und gelegener, als „Tätigkeit im gegenwärtigen Augenblicke“. Man hätte dann ja eine — Wahlsparole.

Beamtensaufbesserung in Württemberg.

Der Finanzausschuß der zweiten württembergischen Kammer veröffentlicht am Montag die Anträge zur Beamtensaufbesserung und Lohnerhöhung der Staatsarbeiter, über die er wochenlang beraten hat. Das bemerkenswerte Ergebnis besteht in einem erheblichen Erfolg der sozialdemokratischen Ausschußvertreter, auf deren Antrag im Jahre 1911 417 000 Mk., im Jahre 1912 über 600 000 Mk. den staatlichen Arbeitern mehr zugute kommen sollen, als nach dem Regierungsentwurf. Den Arbeitern der Verkehrsbetriebe sollen durchschnittlich statt 20 Pfg. 30 Pfg. als Aufbesserung gewährt werden. Der Antrag war in erster Lesung noch gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden. Er wurde in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Aufbesserung hat Rückwirkung vom 1. April 1911 ab.

Die „Leichenverbrennungsvorlage“.

Was die „Germania“ „leider befürchtet“ hat, ist schreckliche Tatsache geworden: Die Justizkommission des Herrenhauses hat die Leichenverbrennungsvorlage in der Fassung des preußischen Abgeordnetenhauses angenommen. Trauernd stellt die „Germania“ fest, daß die führenden konservativen Blätter in der letzten Zeit den Kampf gegen die Vorlage eingestellt hätten. Sie bedauert die jetzige Haltung der konservativen Presse, will aber ihren Kampf gegen das Leichenverbrennungsgesetz nicht aufgeben. Es handele sich bei diesem Kampfe nicht um eine spezifisch-katholische Angelegenheit, sondern um ein Eintreten für eine altchristliche Sitte gegen das neuheidnische Verlangen einer staatlichen Anerkennung des Bruches mit dieser alt-hergebrachten, im Auferstehungsglauben und in dem christlichen Empfinden des Volkes tief eingewurzelten Sitte. Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses als die einzige Partei, die das Leichenverbrennungsgesetz mit aller Entschiedenheit und Geschlossenheit bekämpft habe, habe dafür auch in gläubig-evangelischen Kreisen, die sonst dem Zentrum feindlich gegenüberständen, Dank und Anerkennung gefunden. Schließlich weist die „Germania“ noch auf die positive Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhause hin und schließt mit dem wundervollen Satz: „Die Regierung aber trägt kein Bedenken, dieses Gesetz, als Morgengabe aus den Händen der Sozialdemokratie entgegen zu nehmen.“

Österreich-Ungarn.

Nach preußischem Muster. Aus Utsch (Böhmen) wird unter dem gestrigen Tage von Wolf gemeldet: Dem preußischen Landtags-Abgeordneten Dr. Liebknecht, der gestern und heute in mehreren Versammlungen gesprochen hatte, ist von der politischen Behörde nahegelegt worden, seine agitatorische Tätigkeit einzustellen. Dr. Liebknecht ist daraufhin nach Berlin abgereist. — Dieses Vorgehen reißt sich würdig dem Verhalten preußischer Behörden gegen ausländische Sozialdemokraten an.

Eine Wahlschlacht. Aus Lemberg berichtet die bürgerliche „Neue Freie Presse“: In Stanislaw drangen Sozialdemokraten in den Hofraum eines Hauses, in dem eine zionistische Wählerversammlung stattfand. Aus dem Fenster des Versammlungsraumes wurden auf die im Hofe lärmenden Sozialisten glühende Kohlen geworfen und siedendes Wasser geschüttet. Nach einem abgegebenen Revolverbeschuß stürmten die Sozialdemokraten den Saal. Es fand eine große Kauferei statt, wobei 4 Sozialisten und 30 Zionisten schwer verwundet wurden. Die Polizei löste die Versammlung auf. — Man wird authentische Meldungen über den Vorfall abwarten müssen. In dieser Form erscheint uns die Meldung ziemlich unglaubwürdig.

Marokko.

Der Streit zwischen Frankreich und Spanien um die Größe des Anteils an der Bucht gewinnt an Schärfe. Nach einer ansehnend offiziellen Zeitungsmeldung hat Frankreich die spanische Regierung ersucht, die Beweggründe, Zwecke und Umstände ihrer militärischen Maßnahmen in Larraich und El Riar genau zu kennzeichnen. In einer offiziellen Note wird mitgeteilt, die französische Regierung habe schon vor mehreren Tagen dem spanischen Kabinett erklärt, daß sie, falls die spanische Militärbehörde in der Gegend von Tetuan und Larraich vorgehe, dies als eine Überschreitung der Algecirasakte ansehen und hierzu ihre Zustimmung nicht geben könne. Natürlich muß auch der „Schühling“ Frankreichs, der Sultan, gegen das Vorgehen der Spanier protestieren. Sein Gesandter in Paris, El Mokri, erhob beim spanischen Botschafter Einspruch gegen die Landung der spanischen Truppen in Larraich und deren Entsendung nach El Riar und wies darauf hin, daß der spanische Geschäftsträger ihm vor einigen Tagen erklärt habe, daß keinerlei Landung geplant sei. Mehrere dem auswärtigen Ministerium nahestehende Blätter lassen sich aus London melden, daß die dortigen diplomatischen Kreise das spanische Vorgehen sehr scharf verurteilen. Man sei der Ansicht, daß die Algecirasakte Einspruch erheben würden und daß dann eine neue internationale Konferenz notwendig sein könne. Genosse Saures schreibt in der „Humanität“: Hat Minister Cruppi wirklich die Absicht, auf das Marokkounternehmen noch einen Zwist mit Spanien aufzupropfen? Das wäre ungebührlich und ein Verbrechen; denn die am meisten Schuldigen sind die Franzosen, die den spanischen Staats-

männern, die ihren spanischen Kolonialleuten Widerstand leisteten, die Stellung so schwer gemacht haben. Hoffentlich wird das französische Parlament sich endlich seiner Verantwortlichkeit bewußt werden und von den Ministern unverzüglich Erklärungen fordern. Eine Note, die der Vertreter des Sultans in Tanger El Gebbas, an den spanischen Gesandten Marquis Villafinda in der Angelegenheit der Ausschiffung in Larraich gerichtet hat, ist von diesem selbst mündlich beantwortet worden. Marquis Villafinda setzte Gebbas die bestimmenden Gründe und die Bedeutung dieser Tatsache auseinander. Er versicherte Gebbas, daß die Maßnahmen Spaniens absolut nichts enthielten, was den Verträgen oder der Integrität des schifflichen Reiches, die die spanische Regierung zu respektieren beabsichtige oder der vollen Freundschaft zumwiderlaufe, die die beiden Länder einig und die das Madrider Kabinett zu entwickeln bestrebt sei. Die mündliche Antwort soll schriftlich bestätigt werden. Dem diplomatischen Korps in Tanger gingen von verschiedenen Stämmen der Umgegend Proteste gegen die Ausschiffung spanischer Truppen bei Larraich zu.

Amerika.

Das Chinesengemetzel in Torreón. In der letzten Periode des mexikanischen Bürgerkrieges wurden in der Stadt Torreón viele dort als Arbeiter beschäftigte Chinesen getötet, wie von einer Seite behauptet wird, von den siegreichen Insurgenten, nach anderen Nachrichten von zusammengeströmtem Verbredhergesindel. China, das schon oft genug von europäischen Staaten gezwungen worden ist, für die Lösung einzelner Missionäre enorme Summen zu zahlen oder andere Entschädigung zu gewähren (Kautschuk), verlangt nun von Mexiko eine formelle Entschädigung, auch Entschädigungen von insgesamt sechs Millionen. Es soll bereits ein Kriegsschiff unterwegs haben. Der chinesische Geschäftsträger veröffentlicht grauenhafte Einzelheiten über das Massaker in Torreón. Manche Menschen seien zwischen Pferde gebunden worden, die dann angetrieben wurden, so daß die Unglücklichen in Stücke gerissen wurden; andere wurden mit Messern zerhackt, andern der Kopf abgetrennt und auf die Straße gerollt. Die Offiziere der Insurgenten hätten sich geweigert, dem Treiben Einhalt zu tun. Dagegen habe der amerikanische Konsul viele gerettet, ebenso eine junge Mexikanerin sowie eine amerikanische Frau.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 13. Juni.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziererlöhne Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! Über die Werkstellen Hargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Achtung Maler! Gemäß § 10 des Reichstatistivvertrages (Schmutzkonkurrenz) ist über die Firma Dresahl die Sperre verhängt. Kein Kollege oder Arbeiter darf dort in Arbeit treten.

Vom Fischwucher. Es wird berichtet: Noch in diesem Monat dürfte eine Entscheidung fallen, die für unsere Seefischerei ebenso wie für die Versorgung unserer Großstädte mit Lebensmitteln von erheblicher Bedeutung ist. Am 20. Juni wird sich der preußische Landesparlament mit der Einführung eines allgemeinen Ausnahmesteuertarifs für frische Seefische im Versand von den deutschen Seefischen beschäftigen, nachdem bereits der Ausschuß und die Bezirksparlamentarier die Angelegenheit zum Gegenstand von Beratungen gemacht haben. Nach der Stellung dieser Körper schaften darf man annehmen, daß der Ausnahmestarif zustande kommen wird, der dann alsbald durch eine Verordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten in Geltung gesetzt werden dürfte. Ein Frachtnachschuß, wie er auch im Reichstag zu wiederholten Malen als wirksames Mittel zur Förderung unserer Hochseefischerei angeregt ist, dürfte auch in den Einzelverkaufspreisen für Seefische zum Ausdruck kommen. Der Wert der von deutschen Seefischern gefangenen Seefische belief sich im letzten Jahre auf rund 35 Millionen Mark, daneben wurden für 45 Millionen Seefische und 33 Millionen Perringe von ausländischen Fischern eingeführt. Der Verbrauch von Seefischen in Deutschland stellt sich auf 6 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung.

Während so also eine Herabsetzung der Aufkosten des Fischhandels angestrebt wird, wogegen gewiß nichts einzuwenden wäre, wenn diese Herabsetzung zum Vorteil der Konsumenten erfolgte, sind die Großhändler eben wieder dabei, die Verbilligung der Seefische zu hintertreiben, wie nachstehende Meldung zeigt:

Die gegenwärtig im „Kaiserhof“ zu Altona tagende 31. Generalversammlung des Vereins Deutscher Fischhändler, Vorsitzender Radmann-Berlin, protestierte energisch gegen die in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches eingeführten kommunalen Seefischmärkte, weil sie darin eine Schädigung des gesamten Fischhandels erblickt. Die Generalversammlung bewilligte dann dem Deutschen Seefischereiverein einen namhaften Betrag als Beihilfe für die Propaganda zur Hebung des Fischkonsums, und beschloß, die nächste Generalversammlung in München abzuhalten.

Also Hebung des Fischkonsums, aber zugleich auch Erhöhung der Preise. Wie reimt sich das zusammen? Hier an der Quelle des Seefischhandels bekommt übrigens die Bevölkerung die Segnungen des Wuchers, der mit den Seefischen getrieben wird, schon längst zu spüren.

Ferienarten. Für die Zeit vom 30. Juni bis 8. August d. Js. werden von der hiesigen Fahrkartenausgabe Ferienzeitarten, gültig zu beliebigen Fahrten auf den Bahnhöfen Lübeck-Travemünde, Lübeck-Rageburg und Lübeck-Schütow zum Preise von 16 Mk. in III. Klasse und 24 Mk. in II. Klasse (einschließlich Reichsstempel) ausgegeben. Für Hausstandsangehörige des Hauptkarteninhabers kommen Nebenkarten für die Hälfte der vorstehenden Preise zur Ausgabe.

Die kalten Tage des Juni. Die in jedem Jahre gegen Mitte Juni sich regelmäßig einstellenden kalten Tage des Juni sind gegenwärtig an der Reihe. Die barometrische Luftdruckverteilung entspricht ganz dem typischen Bilde dieser kalten Tage, ebenso die lebhaften nordwestlichen Winde, die seit Mittwoch die Luft abgekühlt haben, und der vorwiegend bewölkte Himmel. Nur eine Eigenheit der kalten Junitage fehlt, die sonst am unangenehmsten empfunden wird und die dennoch diesmal am dringendsten erwünscht wäre: ausgiebiger Regen, da die anhaltende, außergewöhnliche Trockenheit dieses Frühjahrs geradezu eine Gefahr geworden ist. Seit 18 Jahren ist ein so trockenes Frühjahr nicht dagewesen.

Baschen geb. Pries. Schlosser F. Chr. F. Petersen und G. E. M. Schmeier. Kaufmann F. J. D. H. Wötcher und M. C. F. Hartwig. Gutsbesitzer B. von Donner in Bochhorn und M. A. B. Räder.

Sterbefälle.

8. Juni. G. geb. Moldenscharf, Witwe des Geschäftsführenden B. N. Larenz, 75 J. M. Buchholz, 18 St. G. M. M. Wehler, 2 M. 5. Ein totgeb. Mädchen, B.: Mänschenschlosser W. G. J. Rindler. M. Buchholz, 1 J. B. A. M. geb. Reyer. Ehefrau des Arbeiters A. C. Rähler, 28 J. Arbeiter W. F. Rasch, 88 J. 7. A. M. Chr. geb. Grube, Witwe des Trägers Chr. L. W. Drems, 71 J. Kutscher Chr. F. M., genannt C. Ahrens, 52 J. Professor Dr. phil. R. W. A. S. Jörh, 49 J. (Rakeburg). A. S. geb. Koch, Ehefrau des Kaufmanns J. J. C. Hansen, 48 J. 8. A. M. Bleinstadt, 21 J. Töpfer J. S. S. Popp, 80 J. Kellner R. W. S. D. Storch, 22 J. 9. E. S. geb. Spigbart, verm. Gatemann, Ehefrau des Mübblackerers C. J. Chr. Schröder, 49 J. M. M. C. geb. Stelling, Witwe des Tischlers D. J. Rohde, 56 J. Ein totgeb. Mädchen, B.: Sobolst Sergeant C. J. S. Waesch, 10. A. W. M. Wohler, 28 J.

Genossenschaftsbewegung.

Die westfälischen Bäckermeister gegen die Konsumvereine. Auf dem 81. Verbandstage des Zweigverbandes Westfalen des deutschen Bäckerinnungsverbandes „Germania“, der am 29. Mai in Wattencheid stattfand, jammerte ein Bäckermeister aus Bielefeld, daß die Konsumvereine dem ehrlichen Bäckerhandwerk so große Konkurrenz machen. Auf seinen Vorschlag beschloß man zu fordern: 1. daß die Konsumvereine zu einer gerechten Steuer heranzuziehen sind; 2. daß sie mit einer Warenhaussteuer zu belasten sind und 3. daß für sie eine Fiktalsteuer eingeführt

wird. In dem „Brotfabrikanten“, dem wir diese Mitteilungen entnehmen, heißt es einer „stapelweisen“ Fiktalsteuer. Bei der hervorragenden Bekanntheit mit der Steuertechnik, die aus diesen Vorschlägen bereits hervorgeht, ist anzunehmen, daß die Herren nicht eine Raffelweise, sondern eine progressive Fiktalsteuer wünschen. Im übrigen sind die Vorschläge für jeden, der eine Ahnung vom Steuerwesen hat, schon dadurch gekennzeichnet, daß die braven Bäckermeister erst eine gerechte Steuer fordern und nachher sowohl Warenhaus- als Fiktalsteuer. Selbstverständlich trat, bald nachdem man diesen Antrag angenommen hatte, jemand auf und berichtete über die Entwicklung des Genossenschaftswesens, diesmal aber über das der Bäckermeister. Er teilte mit, daß in Westfalen drei Einkaufsgenossenschaften für das Bäckergewerbe beständen: in Bielefeld, in Dortmund und in Hagen. Die beiden ersten florierten ausgezeichnet, während die Hagenener nur langsam vorwärts komme. Die Händler bekämpfen diese Genossenschaften sehr scharf. Es wurde, entsprechend dem Vorschlag des Referenten, in einer Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß die Großmühlen den Genossenschaften zu denselben Preisen liefern als den Händlern. Wie wäre es mit einer Spezialsteuer für die Einkaufsgenossenschaften der Bäckermeister? Auch diese Genossenschaften schalten Mittelstandsbesitzer aus.

Die Konsumvereine in Österreich. Das Jahrbuch der österreichischen Konsumvereine für 1910 berichtet über 888 Vereine mit einer Mitgliederzahl von 224 000 und einem Umsatze von über 128 Millionen Kronen. Der Ertrag der Vereine betrug rund 9 1/2 Millionen Kronen. Zum erstenmal erschienen in dieser Statistik außer den großen Wiener Konsumvereinen auch Provinzvereine mit Millionenumsatz. Der tschechische Separatismus, der sich leider auch auf die Konsumvereine erstreckt, hat dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine keinen Schaden zugefügt; während elf tschechische Vereine austraten, traten deren 18 neu ein.

Die österreichischen Sprachverschiedenheiten nötigen auch die Konsumvereine, eine ganze Reihe von Blättern herauszugeben. Während wir in Deutschland als Fachblatt der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und Angehörigen die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ haben und daneben als Organ für die Mitglieder das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“, das vor einiger Zeit bereits die Auflage von 300 000 Exemplaren überschritten hat, besteht in Österreich ein Fachblatt der Konsumvereine und ein Volksblatt, „Der Pionier“, für die deutschen Genossenschaften. Für die tschechischen Genossenschaften erscheint seit Anfang 1910 ein Volksblatt, „Kozwól“, für die polnischen Vereine besteht seit Anfang 1910 ein Blatt, „Zespolenie“, das sowohl für die Mitglieder als für die Verwaltungen bestimmt ist. Ganz amüsant sind die Mitteilungen über die Lichtbilder-vorträge. Ähnlich wie es in Deutschland bereits seit Jahren geschieht, ist man auch in Österreich dazu übergegangen, Lichtbildervorträge über die Konsumvereine halten zu lassen. Da der österreichische Amtsschimmel bekanntlich sehr langsam trottel hat man Monate vorher die Vortragsreise angemeldet. In Stelermark war jedoch die Tour bereits längst beendet, als endlich die Genehmigung eintraf. Noch schöner ging es in Böhmen. Hier kam ein Verbot, als sämtliche Vorträge ungeführt und ohne Zwischenfall erledigt waren. Die Bekämpfung der Konsumgenossenschaften durch Händler und Mittelständler ist nicht minder heftig als in Deutschland. Trotzdem und trotz der Schwierigkeiten, die die nationale Zerrissenheit Österreichs bereiten, entwickeln sich die österreichischen Konsumvereine erfreulicherweise recht gut.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schwart, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und Kommissionssitzungen“

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Mittwoch, 14. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:
Komiteesitzung
bei Mühr, roten Löwen, Moissinger Allee 142.

Am 11. und 12. d. M. entschliefen sanft nach längerer schwerer Krankheit unsere lieben Kinder **Henry** und **Carla** im Alter von 1 1/4 Jahr. Tief betrauert von ihren Eltern u. Geschwistern. **Carl Höft u. Frau** Schafstr. 10 a.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Kapelle Borwerk.

Dankagung.
Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Wilhelm**

sagen wir hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, sowie der St. Matthäi-Giedertafel, dem Arbeiter-Radfahrer-Verein, insbesondere Herrn Pastor Haense! für die trostreichen Worte herzlichsten Dank.
Rudolph Storch und Frau, geb. Krüger.

3. 1. Juli od. fr. 3. verm. 1 H. neu hergerichtete **Wohnung**, enth. zwei Zimmer nebst Zubehör Marlliftr. 5. Näheres Marlliftr. 7.

Gesucht zum 1. Okt. eine Zweibis Dreizimmer-Wohnung mit Zubehör von jungem Ehepaar ohne K. (Soldatent-M.). Ang. m. Fr. u. A. N.

Zu verpachten eine **Wohnung** mit Stallung u. Scheune, großem Gemüsegarten nebst Obstbäumen. Näheres

1. Ochsenkoppel Nr. 7.

Zu sofort ein **jüngerer Kutscher** gesucht.

Zu melden **Reitrich 14.** Aug. Scheere.

Eisernes Gartengitter u. Drehmangel zu kaufen gesucht. Ang. u. G G an die Exp. d. Bl.

Fahrrad, fast neu, für nur 30 Mark zu verkaufen. Hürstraße 121, pt.

Guterhaltener **Sportwagen** mit Gummitreifen zu verkaufen. Weingastraße 44, III, r.

Ein guterhaltener verstellbarer **Sportwagen** ohne Gummi zu kaufen gesucht. Rabenstraße 20 a, Burgtor.

Alte **Kartoffeln**, ein Glaskasten, Säugelampe und 2 Fenstervorhänge billig zu verkaufen. Begelaustraße 3, pt.

Zu verkaufen ein gebr. **Sofa** (12 Stk.) Kottwitzstraße 13, II, I.

Verschiedene **Kleider** und **Blusen**, Herren-Anz., Kinderkl., 1 B. u. Stief., Größe 37, Spiegel, Tisch, Vertiko, Blüschgarn. bill. Johannisstr. 70, I

Karten sind zu haben im Bureau und bei den Filialkassierern. NB. Umtausch der Karten für eine Fahrkarte 3. Klasse am 15. 16. und 17. Juni im Bureau, Johannisstraße 48, II.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Herstellung sämtlicher
„Buchdruckarbeiten“
in ein- u. mehrfarbigem Druck
Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Ich habe mich in **Schwartau** als **prakt. Arzt** niedergelassen und bin bei der Ortskrankenkasse Lübeck u. Schwartau als Kassenarzt zugelassen.

Dr. Tegtmeier
Sprechst. Bahnhofstr. 28: 9-11 u. 3-4, Sonnt. 8-10 Uhr. Fernr. 2371.

Großes Jagd- u. Scheibenpreischießen am Sonnabend, 17., u. Sonntag, 18. Juni, im Lokale des Herrn **G. Ehlers**, Hürstraße.
Preis der Schießkarte 50 Pfg.
Hierzu laden ergebenst ein **G. Ehlers. W. Krüger.**

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Rißbergstr. 52.**

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt **J. H. Stooß, Engelsgrube.**

Verband deutscher Gastwirte helfen. Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung Mittwoch, 14. Juni 1911 abends 8 1/2 Uhr. Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilungen des Vorstandes.
3. Kommissions- u. Kartellbericht.
4. Wahl eines 2. Vorstehenden.
5. Verschiedenes.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.
Diskussionsabend am Mittwoch, 14. Juni 1911 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Thema: **Heinrich Heine.**
Referent: **W. Bromme.**
Der Vorstand.

Stadthallen-theater. Mittwoch 8 Uhr. 19. N. Vorstellung. Gastspiel Hans Helmuth Koch.
Gespenster. Familiengemälde in 3 Akten. Oswald — Hans Helmuth Koch. Donnerstag: **Wann kommst du wieder?** Freitag: 1. Gastsp. **Eduard Goebel** Außer Abonnement.
Die Fledermaus. Eisenstein — Eduard Goebel.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Lübeck.
Ausflug mit Musik nach Travemünde
per Doppelschrauben-Salondampfer „St. Lorenz“ am Sonntag, dem 25. Juni 1911.
Fahrt in See, gemeinsamer Marsch durch Travemünde nach dem Lokal von Gebert; daselbst Tanz.
Abfahrt Drehbrücke mittags 1 Uhr, Rückfahrt abends 10 Uhr.
Preis: Erwachsene 1.20 Mk., schulpflichtige Kinder 40 Pfg.
Das Komitee.
Karten sind bei den Boten zu haben.

Das Fest-Komitee.

Der Arbeiter-Turnerbund

Hat in den Tagen vom 3. bis 6. Juni in Hannover seinen 10. Bundeskongress abgehalten. Trotz behördlicher Verfolgungen und Schikanen ist die Mitgliedschaft auf circa 2000 Vereine mit 153 000 Anhängern angewachsen. Der Zuwachs seit 1908 beträgt 386 Vereine und 29 770 Vereinsangehörige. Der Bund verfügt über ein eigenes Geschäft, das den Mitgliedern neben anderen Requisitionen vor allen Dingen die Turnkleidung vermittelt, und hat heute ein Vermögen von 1 157 911,85 Mark. Die Auflage des Bundesorganes, der „Arbeiterturnzeitung“, beträgt zurzeit 107 000, die der „Turnerin“ 110 000. Das ist ein Mehr von 15 888 Turnzeitungen gegen 1908; der Leserkreis der „Turnerin“ vermehrte sich in dieser Zeit um 3047.

Zur Aufklärung der Funktionäre wurden im vergangenen Jahre drei Agitationsroschüren herausgegeben. Merkblätter für das Frauenturnen wurden verbreitet, Flugblätter, die sich an die verschiedensten Arbeiterkreise wenden: an die Frauen und Mädchen, an die Arbeiter in der „Deutschen Turnerschaft“, an die Jugend, an die Eltern der schulentlassenen Jugend, an die betagteren Arbeiter. Neben dieser Art Agitation wurde noch versucht, durch eine Reihe von Artikeln in die befreundete Presse agitatorisch und werbend zu wirken.

Insgesamt sind 149 Personen anwesend; im einzelnen 12 Bundesvorstandsmitglieder und 1 Bundesausführungsglied, 14 Kreisvertreter, 12 Kreisturnwart, 102 Delegierte aus 17 Kreisen, die Referentin Frau Böhm aus Schöneberg; die befreundeten Arbeiterorganisationen sind vertreten durch Böhm und Potzschapka-Auffig vom österreichischen Arbeiterturnerbund, Knapp-Prag vom tschechischen Turnerbund, Zimmermann-Offenbach vom Arbeiteradfbund, Masfa-Legel-Berlin vom Arbeiterschwimmerbund, Strumpf-Magdeburg vom Arbeiterathletenbund, Scholz-Berlin von der Zentralfstelle der „Arbeiterjugend“.

Den Vorstandsbericht erstattete Harnisch. Er behandelte zunächst zwei im Vorstandsbericht nicht erwähnte Angelegenheiten der Vereine Lindena-Leipzig und Chemnitz. In Lindena handelte es sich um aus dem Bau einer eigenen Turnhalle entstandene Geldschwierigkeiten, wobei der Vorstand durch sein finanzielles Eingreifen die Aufrechterhaltung der Halle möglich machte. Ob es ihm auch gelang, das Chemnitzer Objekt zu realisieren, wo es sich um die Aufrechterhaltung eines eigenen Lokales mit Wirtschaftsbetrieb handelt, in welchem gleich im ersten Jahre ein nach Tausenden zählendes Defizit gemacht wurde, steht noch dahin. Beide Fälle sind eine Warnung vor der oft leichtfertigen Finanzgriffnahme derartiger Projekte. Der Redner erläuterte dann, wie die Verhandlungen mit der Jugendorganisation zu einer erfreulichen Einheitsfront und zu dem Ergebnis geführt haben, daß beide Bewegungen sich gegenseitig unterstützen sollen. Die Beteiligung an der Hygieneausstellung hat der Vorstand abgelehnt. Die Anstellungsleitung verweigerte der Bundesverwaltung neben der graphischen Darstellung über die Entwicklung des Bundes, zugleich auch die behördlichen Schikanen und Schwierigkeiten darzustellen, die man von oben dieser Entwicklung in den Weg legte und legt. — Im weiteren beschäftigte Redner sich mit der hohen Zahl der Unfälle im Bereich des Bundes. Es muß alles getan werden, einestheils diese Unfälle zu verringern, anderenteils diejenigen Unfälle auszuheilen, die nicht auf das Konto des Turnens gesetzt werden können. Der Redner hebt hervor, wie man dadurch, daß man Zufälligkeiten bei Vandalen, beim Nadeln, Gefäßstichen usw. einfach als unterstützungsberechtigte Unfälle behandelt, einen Zustand heraufbeschwört, der weit über die finanziellen Kräfte des Bundes hinausgeht.

Ein besonderes Kapitel bilden die behördlichen Verfolgungen und Strafen gegen den Bund. Obwohl das Reichsgericht entschieden hat, daß das Turnen der

schulentlassenen Jugend nicht verboten werden kann, kehrt die preussische Regierung sich den Teufel darum, sondern erläßt immer wieder neue Verbote und Strafandrohungen wegen der Teilnahme jugendlicher Personen am Turnunterricht der Arbeiterturnvereine. Die Requirier Turngenossen sind bis zur Stunde mit Strafbefehlen bis zur Höhe von 2250 Mk. bedacht worden. Sämtliche schlesische Vereine haben das Böglingverbot erhalten. Trotzdem Beschwerde beim Minister erhoben und um Einhaltung der Strafbefehle nachgesucht wurde, sendet man immer aufs neue Strafbefehle. Der Redner erörterte demgegenüber, daß alles getan werden müsse, damit dieser scharfe Wind die Arbeiterturnvereine noch kräftiger und schärfer aufpeitscht. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion brachte keinerlei Kritik am Vorstand und wurde, nachdem 6 Redner gesprochen, durch Schlußantrag zu Ende gebracht. Von Bedeutung waren nur die Meinungen über die Doppelmitgliedschaft im Arbeiterturnerbund und der Deutschen Turnerschaft. Nemann-Mannheim, Heimann-Gera, Rasch-Langendieck und der Vorsitzende Harnisch verurteilten sie energisch, während Georgi-Markgraf sie von Fall zu Fall beurteilen wissen wollte und Lindt-Hamburg sie hauptsächlich aus den Abhängigkeitsverhältnissen der betreffenden Mitglieder erklärte und sich strikte gegen ein Verbot wandte. Es wurde jedoch gegen wenige Stimmen das Verbot der Doppelmitgliedschaft angenommen.

Der Kassierer Bachhaus gab den Kassenbericht. Auch er erwähnte die hohe Unfallziffer gegen das Vorjahr und die gefeierte Ausgabe für Rechtschutz in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Das Bundesvermögen ist seit dem Turntag 1909, hauptsächlich infolge der guten Entwicklung des Bundesgeschäftes, von 55 906 Mk. auf 1 157 911 Mk. gestiegen. Angenommen wurde der vom Bundesvorstand gestellte Antrag, eine Unterstützungskasse für die Vereine des Bundes einzurichten.

Die Leipziger erklarte Bericht über die Entwicklung des Bundesgeschäftes. Im Jahre 1908-09 betrug der Jahresumsatz 44 483 Mk., 1909-10 dagegen 81 874 Mk., 1910-11 175 354 Mk. Und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres erzielte es bereits 101 418 Mark, gegenüber 59 037 Mark in den gleichen Monaten des vorigen Jahres.

Zu dem Punkt Bundesgeschäft liegen zwei weitgehende Anträge vor, ersten, zur Leitung des Geschäftes sind zwei Geschäftsführer anzustellen, welche Mitglieder des Bundesvorstandes sein müssen, und dem Gesamtvorstand gegenüber dem Bundesgeschäft die Stellung eines Aufsichtsrates zu verleihen; zweitens, durch den Bundeskongress eine Kommission zu wählen, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Bundesgeschäft und im Bundetätigen Personen regelt. Ein weiterer Antrag will das Bundesgeschäft von der Bundesverwaltung trennen; dieser Antrag wird von Wohlers-Bremen begründet. — Die beiden ersten Anträge werden angenommen und betont, daß in den Berlagsitzungen die Geschäftsführer nur beratende Stimme haben. In die Kommission zur Regelung der Gehälter werden sieben Turngenossen gewählt.

Hierauf referierte Redakteur Wildung über die Presse. Die „Arbeiter-Turnzeitung“ hatte den Kampf nach allen Seiten zu führen; nicht nur gegen die preussischen, sächsischen, sondern auch gegen die allerkleinsten Staatsbehörden. Dieser Kampf bewegte sich auf dem Gebiete der Jugendgewinnung; infolgedessen dürfe man die Zeitung nicht nach einzelnen Artikeln beurteilen, man müsse sie vielmehr danach bewerten, wie sie in der Gesamtsituation ihre Aufgabe erfüllt habe. In diesem aufgezwungenen Kampfe hat es die Zeitung nicht an der nötigen Sachlichkeit noch an Schärfe fehlen lassen. — Zu den anderen Arbeitersportvereinen steht sie in einem guten kollegialen Verhältnis.

Übergehend zur Besprechung der Anträge betont Redner, daß die Schaffung einer besonderen Jugendbeilage nicht

nötig sei, da das richtige und maßgebende Organ für die Jugend die „Arbeiter-Jugend“ sei. — In das Referat knüpfte sich eine längere Debatte, in der die verschiedensten Wünsche geäußert wurden.

Beschlossen wird: Vom 1. Juli 1911 an erhält die „Arbeiter-Turnzeitung“ eine achtsseitige, auf Naturkunstdruckpapier hergestellte illustrierte Beilage. Dieselbe soll alle Zweige der Leibesübungen in instruktiven Artikeln und Bildern behandeln und damit die Fortentwicklung unseres Turnsystems fördern.

Den Bericht des Turnwartes gibt Koppisch, der in großen Zügen die mannigfache Arbeit des Turnwartes schilderte und die Anstellung eines zweiten Turnwartes begründete, die sich im Interesse des Bundes nötig mache. — Der Anstellung eines zweiten Turnwartes wird zugestimmt und eine Kommission zur Vorbereitung der Wahl eingesetzt.

Zum Punkt Agitation, Organisation und Zentralisation machte der Bundesvorsitzende Harnisch sehr instruktive Ausführungen über die Grundzüge, nach denen die Organisationen der einzelnen Gruppen zu gestalten sind.

Die kurze Debatte bewegte sich im Rahmen des Referates und klingt aus in dem Wunsche, daß die Notwendigkeit der Körperpflege und Leibesübungen mehr von der großen Masse erkannt werden möge im Interesse der Volksgesundheit. Bei dieser Debatte wird von Hohn-Bremen getadelt, daß die Turngenossen nicht alle auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete ihre Pflicht erfüllen; die noch viel geübte Neutralität müsse über den Haufen geworfen und das Erstarken der Arbeiterbewegung gefördert werden; damit würde die Masse auch Zeit und Interesse für Körperpflege finden. Reichardt-Spandau schildert den Abseitsstand, daß heute noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Fahrwasser der bürgerlichen Sportvereine schwimmen; besonders sind es Holzarbeiter, Metallarbeiter und Buchdrucker, die sich in diesen wohl fühlen. Marx-Rheingönheim bezeichnet es für die Buchdrucker beschämend, daß auf ihrer Generalversammlung die Deutsche Turnerschaft zu den festlichen Veranstaltungen herangezogen worden ist.

Nachstehende Resolution gelangte hierauf zur Annahme:

Der vom 3. bis 6. Juni 1911 zu Hannover tagende Bundeskongress des Arbeiterturnerbundes erwartet von den Vorständen der freien Gewerkschaften Deutschlands, daß sie nun endlich einmal dazu kommen, ihre Mitglieder energisch dazu anzuhalten, den bürgerlichen Sportvereinen den Rücken zu kehren. Es ist unter den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen als unerhört zu bezeichnen, wenn organisierte Arbeiter, die gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen, heute noch Geigner der Arbeitervereinigungen im geselligen Leben sind.

Diese Resolution soll dem Verbandstag der Metallarbeiter und auch dem im Juni tagenden Gewerkschaftskongress übermittelt werden.

Am dritten Verhandlungstage verbreitete sich Redakteur Wildung über „Jugendturnen und Jugendturnverbote“. Redner schilderte die Schikanen, die dem Arbeiterturnerbund seitens der Regierungen, von der preussischen, sächsischen, bayerischen bis hinab zu den kleinen und kleinsten Staaten, zugefügt werde. Heute seien die Verfolgungen schlimmer als je; sie dürften wohl kaum schlimmer zu Zeiten des alten Turnvaters Jahn gewesen sein. Der Arbeiterturnerbund sei kein politischer Verein und treibe keine Politik; er pflege vielmehr den Sport und betreibe die Leibesübungen. Daß die politische Gesinnung der Mitglieder, soweit sie zu denken vermögen, sozialistisch sei, das sei erfreulich, habe aber nichts mit dem Turnerbund an sich zu tun. Der Deutschen Turnerschaft führe man stellenweise die Schüler durch die Schule zu und zwingt sie, gegen 15 Bg. Beitrag dort zu tun; dagegen belege man Fortbildungsschüler, die im Arbeiterturnerbund

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(78. Fortsetzung.)

Sieben hatten sie den Gipfel einer kleinen Anhöhe erreicht. Vor ihnen lag eine Stadt. Zu beiden Seiten der Straßen zogen sich Gebüsch und Waldungen ins Tal hinab.

Die Kamele, vom „Kleinen“ geführt, schritten voran und näherten sich fast den ersten zerstreuten Häusern der Vorstadt. Geronimo und Anton gingen nebeneinander her.

„Warum schleppst Du denn heute Dein Felleisen, Antonio?“

„Als wir die Tiere tränkten, nahm ich's aus dem Korbe, um eine Zeile in meinem Tagebuche nachzutragen. Dann habe ich's auf den Schultern behalten — ich weiß selbst nicht recht, warum; der Kleine mit den Kamelen war, glaube ich, schon voraus; es ist übrigens nicht schwer. Meine Kleidungsstücke liegen meist im Kasten.“

„Und Dein Geld?“

„Du weißt ja, daß ich nichts aus der Kasse entnommen habe. Das Haus „Momolo“ ist mir sicher.“

„Das könnte Dich doch täuschen. Vielleicht steht das Haus seinem Sturze näher, als Du meinst. Ist Dir bekannt, was man unter einem Carbonat begreift?“

„So ziemlich; hörte ich doch oft genug davon reden.“

„Diese Carbonate leben nicht auf dem besten Fuße mit einer anderen Sorte von Leuten, welche Sbirren genannt werden. Und wenn es sich nun träfe, daß ein Agent besagter Carbonate zu was immer für einem Zwecke, unter was immer einer Maske sich auf Reisen befände, daß irgend ein Verräter seine Ankunft vorher gemeldet hätte, daß man Jagd auf ihn machte; . . . bist Du nicht der Ansicht, man werde nicht unterlassen, auch seine Kasse in Beschlag zu nehmen?“

„Solltest Du . . .?“

„Ich sollte so eigentlich nicht. Aber Freund Antonio, Du weißt aus eigener Erfahrung, man tut nicht immer, was man sollte; man tut häufig, was man wollte; da läuft allerlei mit unter, was verboten ist. Heute noch, sobald wir im Quartiere sind, werden wir rechnen, und Du wirst an Dich nehmen, was Dein ist. Vielleicht, auch was mein ist, denn besser . . . Heilige Jungfrau, schon zu spät! Sie halten den Kleinen mit den Kamelen an. Lebendig erwischen sie mich nicht. Adio, Leuzer! Laufe, was Deine Füße Dich tragen, sonst heißt's: mit gefangen, mit gehangen. Auf Wiedersehen im Himmel!“

Geronimo war schon im Gebüsch verschwunden. Anton tat wie er, und suchte Heil in der Flucht. Die Abenddämmerung beschäftigte ihn.

Acht und fünfzigstes Kapitel.

Im Walde, bei finsterner Nacht allein, müde, hungrig, abgeängelt, suchte Anton ein Ruheplätzchen, und als er dies eingenommen, fing er zu überlegen an, was nun geschehen solle.

Er hatte die Wahl, zurückzukehren nach dem Orte, wo man sich ihrer Kamele bemächtigt, sich der Behörde zu stellen und heraus zu gehen, was von seinem Eigentum bei Momolos-Dab und Gut sich befand — oder sich weiter zu schlagen und nötigenfalls zu betteln. Für den ersten Entschluß sprachen seine Unschuld, seine gänzliche Unwissenheit in allem, was politische Verbindung heißt, und gerechte Ansprüche, wie er sie an die gemeinschaftliche Kasse machen durfte. Für den zweiten dagegen eine nicht unbegründete Befürchtung, daß er sich jedenfalls langwieriger Unterjochungshaft aussetzen und wahrscheinlich doch nichts davon haben werde, da Geronimos Eigentum als eines flüchtig gewordenen Verurteilten im ganzen konfisziert werden konnte, ohne Rücksicht auf Ansprüche eines Dritten.

Nach langem Hin- und Hersinnen blieb er endlich dabei stehen: „Mein Reisepaß befindet sich glücklichlicherweise unter den Papieren im Felleisen, welches ich, wie durch eine Ahnung veranlaßt, bei mir behielt. Die Wägen sind in Ordnung. Das ist wieder ein Wink! Als Anton Gahn ziehe ich unangefochten meines Weges. Von meinem Gewerbe sind die sichtbaren Spuren unter Momolos Gepäck verblieben: niemand wird mir anmerken, daß ich Kameelführer war. So kann ich von einer Stadt zur anderen langsam wandern, kann nach der Catina forschen, bleibe mein eigener Herr — und kann als solcher verhungern, wo mir beliebt. Freilich wohl verliere ich das schöne Geld und die Geige, mit der ich's erwerb — und meine Sonntagskleider, . . . jedoch die Affenjacke bin ich auch los, und das ist durch die übrigen Verluste noch nicht zu teuer bezahlt. Wer weiß, warum es so kommen mußte; Antonio mag bei Antoine und bei dem Baron de la Banniere begraben bleiben. Jetzt gilt's, dem armen Anton durchzuhelfen.“

Auf diese Abereinkunft mit sich selbst folgte beruhigende Gewißheit. Sobald nur erst die Zweifel schwinden, stellt sich Friede ein. Die laue Nacht wurde sanft durchschlafen. Hätte der leere Magen den Träumer nicht gemahnt, sich zu erheben, wer weiß, wie lange noch in den blühenden Mai hinein unfer junger Gahn sein Morgenlied zu krähen gezeugt! Dicht neben seiner Schlummerstätte rieselte ein klarer Quell. Er badete Angesicht, Brust und Füße, nahm aus dem Ranzen reine Wäsche, suchte die

kleine Bürste hervor, mit ihr jedes Stäubchen vom leichten Rock zu kehren, und so erfrischt suchte er einen Ausweg aus dem Walde, dessen Schutz er nicht mehr zu bedürfen glaubte, wobei er jedoch darauf achtete, diejenige Richtung zu verfolgen, die ihn immer weiter und weiter aus dem Bereiche seiner mit Beschlag belegten Kamele führte. Es dauerte auch gar nicht lange, so betrat er einen von Baumwurzeln durchschlungenen, hölzernen Fahrweg, wo in uralten, tief ausgehöhlten Löchern und Pfützen liebende Frösche und Kröten mit melancholischen Monotonen und paarweise den Frühling feierten. Ein grüner Fußpfad, vom schönsten Waldrafsenteppich durchsäumt, zog sich neben der ausgefahrenen Straße her, wie das Leben eines jugendlichen, noch nicht enttäuschten Poeten neben dem bürgerlichen Verkehr der Alltagswelt. — Nur schade, daß derlei Fußsteige zuletzt immer wieder in die allgemeine Heerstraße münden, und daß man beiseiten einbiegen muß, will man sich nicht auf der entgegengelegten Seite in dem von Dornen durchwachsenen, undurchdringlichen Dickicht verlaufen.

Antons Magen war sehr leer. Aber sein Herz war sehr voll. Und eigentlich voll Freude, wozu doch eben wenig Anlaß vorhanden schien. Dennoch freute er sich des schönen Morgens aus frohem Herzen; denn des Menschen Herz ist ein wunderbarlich Ding.

Mitten in seine genügsame Freude hinein raufte ein Trommelwirbel, dessen Echo im Walde ringsum gar schauerlich widerklingte.

„Was Teufel,“ sagte Anton, „haben sie ein Kommando ausgesendet nach meinem Freunde Monolo? Das wäre doch höchst fatal, wenn ich den Bajonetten gerade entgegenliefe, um mich daran aufzuspießen, gleich einem dieser (trunkenen Liebeshymnen singenden) Frösche! Was beginnt nun ein kluger Feldherr? Den verdammtten Trommelwirbel kann kein menschliches Ohr anhören, von wannen er kommt, weil er in allen Büschen, aus allen Ecken widerhallt, wie ein Donnerwetter im Gebirge. Außerdem haben sie wahrscheinlich die ganze Grünlichkeit umstellt, vielleicht gar mit Wildnetzen. Sapperment, Momolo muß ein wichtiger Kohlenbrenner sein, daß sie seinetwegen mit allen Fahnen ins Feld rücken. Aber ich, wie komme ich zu der Ehre? Ich fühle mich so unwichtig, man kann sich gar nicht unwichtiger fühlen; ich bin ihnen das Wasser nicht wert, das sie mir im Kerker schandenhalber darreichen müssen, — des Brotes gar nicht erst zu gedenken. Ich mache keinen Anspruch auf die Auszeichnung, für einen Carbonaro, Demagogen, Weltverbesserer zu gelten. Ich bin ein simpler Gahn, und kein gallischer, ja nicht einmal ein galliger, sondern ein sanfter, deutscher, friedliebender Liebenauer, der die bunten Federn, welche er in Frankreich

Man darf gespannt sein, wie dieser denunziatorische Kampf um die Vorherrschaft enden wird. Zu wünschen wäre nur, daß die Eisenbahnproletarier sowohl Herrn Heißner wie auch Herrn Severin in ihren gegenfeitigen Bestrebungen um die Günter der Verwaltung allein ließen und sich den modernen Gewerkschaften anschließen. Mögen sie, die in ihrem Herzen längst mit den Bestrebungen der Gesamtarbeiterschaft sympathisieren, sich endlich dem Phrasengebimmel der Harmonie freimachen.

Die Parkettfirmer in Magdeburg haben mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der neben sonstigen erheblichen Verbesserungen, wie Festsetzung eines Mindestlohnes, Garantie des Tagelohns bei Unfortarbeit, Fahrtentschädigung usw. eine Lohnerhöhung bis zu 30 Prozent mit sich bringt. Die Magdeburger Parkettfirmer sind sämtlich im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert, sodaß es die Unternehmer nicht erst auf eine Kraftprobe ankommen ließen.

Sieg der Mainzer Schlosser. Die Mainzer Schlosserinnung bewilligte die Forderungen der Gesellen. Der neue Tarif läuft bis 1914.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Sehr Jahre sind nunmehr verfloßen, seitdem die Generalkommission damit begonnen hat, alljährlich eine allgemeine Übersicht über den Umfang und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften zu geben. Ein Vergleich der ersten Statistik mit den Zahlen der des Jahres 1910 führt in recht wirksamer Weise die kraftvolle Entwicklung der Kartelle während des verfloßenen Dezenniums vor Augen. Es vermehrten sich die Kartelle um 321, die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften stieg um 4888 und die der Mitglieder von 418718 auf 1892752. Die Tätigkeit der Kartelle hat von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung erfahren. Auf dem Gebiet der Agitation und der Bildungsbestrebungen sowohl wie in Bezug auf die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben ist eine immense, fruchtbare Arbeit geleistet worden. So haben sich die Kartelle durch ihre eifrige Pionierarbeit eine ehrenhafte Stellung innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung erkungen und damit nach besten Kräften zu deren machtvollen Aufstieg beigetragen.

Am Schlusse des Jahres 1910 betrug die Zahl der Kartelle 684 (1909: 654), gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 30 Kartellen eingetreten. An der Berichterstattung beteiligten sich 656 Kartelle = 95,91 Proz. der Gesamtzahl. Die prozentuale Beteiligungsziffer ist etwas günstiger als im Jahre 1909, wo sie 94,65 Proz. ausmachte. Durch den Ausfall von 28 Kartellen aus der Statistik wird diese nicht erheblich beeinflusst, da es sich durchweg nur um kleinere Kartelle handelt. Zwei von ihnen wurden erst im Laufe des Vorjahres gegründet und die übrigen 26 zählten 1909 zusammen 14746 Mitglieder.

Den 656 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8888 Gewerkschaften angeschloßen, die insgesamt 1892752 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich 8852 Zweigvereine von den der Generalkommission angeschloßenen Zentralverbänden mit 1884774 Mitgliedern. Im Jahre 1909 wurden 8520 Zweigvereine mit zusammen 1612449 Mitgliedern gezählt. Es hat sich die Zahl der Zweigvereine um 32 und die der Mitglieder um 272325 vermehrt. Die Kartellstatistik umfaßt selbstverständlich nicht alle Zweigvereine und Mitglieder der Zentralverbände. 309 Zweigvereine waren den Kartellen im Jahre 1910 nicht angeschloßen; auch befinden sich Mitglieder an solchen Orten, wo Kartelle noch nicht bestehen. Das Zahlenverhältnis der Kartellstatistik läßt jedoch bereits den sicheren Schluß zu, daß die Zentralverbände am Ende des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von zwei Millionen erreicht haben.

Außer den Zweigvereinen derjenigen Zentralverbände, welche der Generalkommission angeschloßen sind, gehören den Kartellen noch an: 27 Zweigvereine des Verbandes der süddeutschen Eisenbahner mit zusammen 7637 Mitgliedern; 3 Zweigvereine des Verbandes der technischen Bühnenarbeiter mit 297 Mitgliedern und ein dem Gerack Kartell angeschloßener Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 44 Mitgliedern. Es sind dann den Kartellen noch weiterhin angeschloßen: Der Verband der freien Gastwirte mit 20 Zweigvereinen und 448 Mitgliedern und der Verband der Hausangestellten und Diensthöten mit 20 Zweigvereinen und 4758 Mitgliedern. Letztere beiden Verbände verfolgen zwar wirtschaftliche Ziele, können jedoch nicht als Gewerkschaften bezeichnet werden. Der Verband der freien Gastwirte besteht aus selbstständigen Gewerbetreibenden. Er steht in freundschaftlichen Beziehungen zu den freien Gewerkschaften, woraus sich der Anschlag einer Anzahl seiner Zweigvereine an die Kartelle erklärt. Der Verband der Hausangestellten erstrebt die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder, nimmt jedoch gegenüber den Gewerkschaften wegen des ihm leider durch die Gesetzgebung versagten Koalitionsrechtes eine Ausnahmestellung ein.

Die Vermehrung des Kartellbestandes ist durchweg auf das Hinzukommen kleinerer Orte zurückzuführen. Es stieg die Zahl der Kartelle, denen 2 bis 15 Gewerkschaften angeschloßen sind, von 429 auf 466. Die Kartelle mit 16-40 Gewerkschaften nahmen um 5 zu, während sich die Kartelle mit über 41 Gewerkschaften um die gleiche Zahl verringerten. Die Verschiebung in den Größenverhältnissen der mittleren und größeren Kartelle wurde hauptsächlich herbeigeführt durch den im Laufe des Berichtsjahres erfolgten Zusammenschluß des Verbandes der Mühlenarbeiter mit dem Brauereiarbeiterverband und der Verbände der Hafnarbeiter und der Seeleute mit dem Transportarbeiterverband. Diese Zusammenschlüsse führten eine teilweise Verringerung der den Kartellen angeschloßenen Zweigvereine herbei, ohne daß dadurch die Zahl der Mitglieder berührt wurde.

Man darf deshalb die Bedeutung der Kartelle nicht lediglich nach der Zahl der angeschloßenen Gewerkschaften bewerten, sondern muß dabei auch deren Mitgliederbestand berücksichtigen. Die seit dem Jahre 1909 eingetretene Vermehrung der Kartelle nach der Zahl der angeschloßenen Mitglieder bezieht sich bei den Kartellen, welche bis 300 Mitglieder haben, auf 5, bei den Kartellen mit 301-2500 Mitgliedern auf 7 und bei den Kartellen mit mehr als 2500 Mitgliedern auf 25 Kartelle. Aufsehenerregend entfällt auf die größeren Kartelle der hauptsächlichste Anteil an der insgesamt eingetretene Steigerung des Mitgliederbestandes. Mehr wie 25 000 Mitglieder haben die Kartelle: Berlin (264514), Bremen (22395), Breslau (26334), Chemnitz (31628), Dresden (76904), Frankfurt a. M. (37575), Hamburg (118973), Hannover (86636), Leipzig (66121), Magdeburg (25810), München (61443), Nürnberg (49730), Stuttgart (35366). Diese 13 Kartelle haben 1909 um 125423 Mitglieder zugenommen.

Soziales.

Folgen der Fleischsteuerung. Die Einwirkung der unerschwinglich hohen Fleischpreise auf den Konsum kommt in dem Jahresbericht der Verwaltung des städtischen Schlacht- und Viehhofes in Augsburg deutlich zum Ausdruck. Der Gesamtleichverbrauch im Jahre 1910 betrug 80993 Kilo gegen 82993 im Jahre 1909. Wenn man die Zunahme der Bevölkerung und den weiteren Anstand in Rechnung stellt, daß der Minderkonsum hauptsächlich auf die arbeitende Bevölkerung trifft, so kann mit Recht von einer erheblichen Verschlechterung des Volkes gesprochen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein teuer bezahlte Zärtlichkeit. Das Schwurgericht in Putnam im Staate Connecticut verurteilte einen 27jährigen Mann, der auf der Straße einer vorübergehenden Dame den Arm um die Hüfte gelegt hatte, zu einem Jahre Gefängnis und 265 Dollar Geldbuße.

Aus Nah und Fern.

Weiteres Material für den Reichsverband. Der seit einigen Jahren in der Berliner Stadthauptkassette angestellte Magistratsbureauassistent Borchert ist flüchtig geworden. Bisher ermittelte man, daß er aus der ihm anvertrauten Kasse über 4000 Mk. unterschlagen und weiter, daß er durch Aufnahme von Darlehen Kollegen, Freunde und Verwandte zusammen um mehr als 20000 Mk. geschädigt hat. — In Barren wurden zwei aufsehenerregende Verhaftungen vorgenommen. Die städtischen Straßenmeister Luther und Fröschke wurden wegen Durchstechereien, die sie jahrelang betrieben, ins Oberfelder Gefängnis eingeliefert. — Unter der Aufsicht von amtliche Gelder und Aktienstücke beiseite gebracht zu haben, wurden in Kagenellenbogen, Heffen-Raffau, der Amtsanwalt Hoffmann und der Aktuar Hafenstrang verhaftet.

Vom deutschen Rundflug. Außer Lindpaintner, der bereits am Sonntag früh in Magdeburg landete, sind gestern früh König und Büchner in Magdeburg angekommen. Im Laufe des Tages trafen dann Dr. Wittenstein und Laitsch, nachdem sie mehrfach unfreiwilligen Aufenthalt nehmen mußten, in Magdeburg ein. — Die Flieger haben an die Leitung des Deutschen Rundfluges um den B. J.-Preis der Rüste einen motivierten Antrag gestellt, statt um 5 Uhr schon um 3 Uhr morgens abfliegen zu können. Es habe sich während der letzten zwei Tage gezeigt, daß zwischen 5 und 7 Uhr morgens gerade immer sehr heftige Windböen einsetzten. Nur so sei es zu erklären, daß verhältnismäßig viele Flieger kurz vor Magdeburg niedergehen mußten.

Risiko der Arbeit. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Nacht auf Sonnabend in der Krupp'schen Fabrik in Essen ereignet. Der Dreher Georg Heinemann, der in der Radfabrik beschäftigt ist, wollte den Riemen auf die Stufenstange seiner Drehbank legen. Er tritt dabei aus und kam mit dem Arm zwischen Riemen und Stufenstange, die sich in Bewegung befand; dabei wurde der Arm herumergerissen, und der Kopf des Unglücklichen geriet zwischen Riemenstange und Exzenterhebel. Im nächsten Augenblick war der Kopf vom Kopfe getrennt.

Das Kommissariat des Kaplans. In der städtischen höheren Mädchenschule zu Ludwigshafen a. Rh. erteilt ein Kaplan den Religionsunterricht. Dieser Herr hatte offenbar etwas davon läuten hören, daß es ein modernpädagogischer Grundsatz sei, den Kindern so nebenher auch einige staatsbürgerliche Kenntnisse zu vermitteln. Das tat denn auch er. So setzte er den zwölfjährigen Mädchen der fünften Klasse u. a. auch das staatsrechtliche Verhältnis von Kaiser und Papst auseinander und führte dabei aus: Der Papst ist die Sonne und der Kaiser der Mond; dieser bekommt sein Licht von der Sonne, also vom Papst, sonst könnte der Mond — der Kaiser — nicht leuchten. Deshalb steht der Papst auch über dem Kaiser. Ob unsere Patrioten mit der dem Kaiser angewiesenen Stellung einverstanden sind, darf man trotz der engen Verbindung von blau und schwarz wohl bezweifeln.

Kinderhändler. Im Walde von Eberbach wurden zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen im Alter von sechs und acht Jahren, die Erdbeeren suchten, von zwei jungen Leuten angepöbel. Das Mädchen mißbrauchte sie und verkehrte ihm in die Weichteile schwere Verletzungen durch ein Messer; dem Knaben brachten sie auch schwere Messerschnitte bei. Zwei Brüder von Neckarelz, namens Fehner, wurden als mutmaßliche Täter verhaftet.

Der Fall Breuer. Die Nachricht von der Vergnügung des zum Tode verurteilten Rennfahrers Breuer, dessen Strafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt wurde, wird von vielen mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung aufgenommen worden sein. Nicht etwa deshalb, weil mit diesem Gnabenakte die ganze Angelegenheit eine befriedigende Erledigung gefunden hätte, sondern weil jetzt wenigstens die notwendige Voraussetzung für eine solche Erledigung geschaffen worden ist. Wir haben sofort nach der letzten Schwurgerichtsverhandlung gegen Breuer ausgesprochen, daß unseres Erachtens in diesem Prozeß, mag man die Verdachtsmomente für noch so schwerwiegend halten, ein Beweis der Schuld Breuers jedenfalls nicht erbracht worden ist, und daß ein strikter Beweis dieser Schuld auch nicht durch die abstoßenden Charaktereigenschaften des Angeklagten überflüssig gemacht werden kann. Inzwischen sind weitere Aufklärungen erfolgt, die die Zweifel an der Richtigkeit des Urteils beseitigen. Im Berliner Tageblatt hat Justizrat Seilo vor kurzem einen Artikel veröffentlicht, der in sehr einleuchtenden Ausführungen darlegt, es sei nicht nur unerwiesen, sondern in hohem Maße unwahrscheinlich, daß Breuer einen Mord im Sinne des Gesetzes verübt habe. Es ist unter diesen Umständen sehr zu wünschen, daß die Bemühungen des Verteidigers, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen, baldigen Erfolg haben mögen.

Die Entwicklung der Wordtechnik. Wie amerikanische Blätter berichten, ist das „freie Amerika“ durch die Erfindung eines neuen 14-zölligen Marinegeschüßes den anderen Staaten mit ihren Wordwaffen um eine Kaliberlänge voraus. Das neue Geschüß, das für die Armierung der amerikanischen Dreadnoughts verwandt werden soll, ist das größte, das zurzeit von irgend einer Kriegsmarine eingeführt worden ist. Die Geschosse wiegen je 1400 Pfund, die Pulverladung allein beträgt 450 Pfund und gibt dem Geschosse eine Tragweite von 14 Seemeilen. Auf 3/4 Seemeilen durchschlagen die Geschosse die besten Panzerplatten von 1 1/2 Fuß Stärke. Jedes Geschüß kostet 750 Dollar und jedes Geschüß kann zwei Geschosse pro Minute feuern. In der nächsten Zeit wird wohl der Weizen der Kanonen- und Panzerplattenpatrioten blühen. Wenn selbstverständlich wird jeder sogenannte Kulturstaat alles daran setzen, um den Vorrang nicht nur einzuholen, sondern auch zu übertrumpfen.

30 Personen ertrunken. Bei einem 15 Kilometer von Uglitsch, Gouv. Jaroslawa, entfernten Dorf ist auf der Wolga die Fähr, die mit Menschen überlastet war, während der Überfahrt gesunken. 30 Personen sind ertrunken.

Die Suche nach dem entführten Ingenieur. Eine Genbarmerlepatrouille, die die Umgebung von Livadia abstreifte, fand unter Zweigen verborgen den Leichnam des Küberhauptmanns Avraninis, der am Kopf und an der Brust Schußwunden aufwies. Man forscht jetzt nach der Person, die ihn erschossen hat. Der Leichnam dürfte seit drei Tagen an dem betreffenden Ort liegen. Man nimmt an, daß der Erschossene an der Entführung Richters beteiligt war und daß er auf der Verfolgung oder im Streite mit andern Räubern erschossen wurde.

Ein Gewittersturm hat am Sonnabend in Newyork großen Schaden angerichtet, 3 Personen wurden durch den Blitz getötet. In den Zug, der nach Coney Island fuhr, schlug der Blitz ein und verletzete eine große Anzahl Passagiere.

Beim Brande eines Ladens zu Litherland bei Liverpool sind sechs Menschen umgekommen: der Ladenbesitzer Andrew, sein Bruder und seine vier Kinder. Die Frau Andrews rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster, erlitt aber sehr schwere Verletzungen. Die Familie schlief über dem brennenden Laden und wurde vom Feuer übertrastet.

Ein geständiger Mörder. Der Landwirtschaftsbelev Schiepin, der im Herbst das Dienstmädchen Krämer in der Nähe von Münster durch einen Schuß getötet hatte, hat nunmehr die Einzelheiten seiner Tat eingestanden. Die Leiche der Erschossenen hatte er in einen Steinbruch versteckt, wo sie erst nach Monaten durch Zufall gefunden wurde.

Großfeuer. Das russische Städtchen Korelitsch wurde von einer Feuersbrunst heimgesucht. 300 Häuser sind niedergebrannt.

Heroldimus im Leuchtturm. Eine ergreifende Geschichte erzählt der Steuereinnahmer von Belle-Isle-en-Mer in einer Zuschrift an den „Figaro“, die allgemeines Aufsehen macht. Am 18. April dieses Jahres wurde der Wächter, der dazu bestellt ist, den Dienst im Leuchtturm von Kerdonis bei Locmaria (Departement Finistere) zu versehen, frühmorgens krank. Bis zur Mittagszeit verlor er mit Aufwand aller Kräfte sein Amt, dann mußte er sich niederlegen. Und bald erkannte sein Weib, daß es gegen seine Krankheit keine Hilfe gab. Was tun in der Weltabgeschiedenheit ihrer Wohnung im Leuchtturm. Der Mann im Sterben und der Leuchtturm unangezündet! Sie läßt den Sterbenden mit den zwei Kindern allein, eilt in den Turm empor, entzündet das Feuer, und als sie nach der umständlichen Arbeit wiederkommt, kann sie dem Gatten nur mehr die Augen zum ewigen Schlaf zudrücken. . . . Und mitten ins Schluchzen um den Toten tönt der Ruf eines Kindes an ihr Ohr: „Mutter, der Leuchtturm dreht sich nicht!“ Die Frau steigt wieder zur Laterne empor, um nach dem Drehwerk zu sehen. Aber der sich darauf verstand, ist tot, und da die Frau den Mechanismus nicht recht zu handhaben weiß, schießt sie ihre beiden Kinder, von denen das ältere noch nicht 10 Jahre ist, in die Laterne hinauf, damit sie das Drehwerk mit ihren kleinen Händen in Gang erhalten. Zehn Stunden lang — von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens — standen die Kinder im „Feuerzimmer“ an der Kurbel und drehten und drehten, auf daß die vorüberfahrenden Schiffe kein Unglück treffe. . . . Damit aber diesem Heroldimus der Kinder nicht auch das größte Nachspiel fehle, erzählt der genannte Steuereinnahmer ein Stücklein vom heiligen Bureaukratius. Der Staat schuldet der Witwe des Leuchtturmwächters an Tagelohn vom 1. bis zum 18. April 54 Francs 17 Centimes, und trotz wiederholter Bemühungen ist der Erzähler nicht imstande gewesen, ihr die Auszahlung dieses Betrages zu erwirken, obwohl die Witwe derzeit ohne Brot und ohne Bett ist.

Literarisches.

Im Verlag von J. F. W. Dieß Nachf. in Stuttgart wird im Oktober dieses Jahres infolge des Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung eine völlige Neubearbeitung des Arbei ter rechts von Arthur Städtgen erscheinen. Dieses Werk wird ein zuverlässiger Führer und Ratgeber auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sein und sich seinen guten Ruf auch in der neuen Ausgabe erhalten.

Eine wertvolle Materialsammlung im bevorstehenden Reichstagswahlkampf bietet eine vom Verlage der Aitensburger Volkszeitung (S.-M.) herausgegebene Broschüre: „Sozialdemokratie und Sozialismus im Lichte bürgerlicher Kritik“. Eine Materialsammlung, zusammengestellt von Heinrich G. Dikreiter. Die Broschüre bietet auf 80 Seiten eine reiche Fülle anerkannter Äußerungen aus bürgerlichem Munde über die Sozialdemokratie und den Sozialismus. Die Reichstagswahlen sind in Sicht, und da blüht der Weizen des Reichsverbandes ganz besonders. Eine Flut von Verleumdungen ergießt sich zwar seit Jahren schon über die Sozialdemokratie, aber diese Flut wird zur schmutzigsten Schlammflut, je näher die Wahlen herankommen. Dieser Flut von Verleumdungen in einigem entgegenzuwirken, ist Zweck und Absicht der vorliegenden Schrift. Nicht durch Widerlegung 10mal schon widerlegter Lügen über die Sozialdemokratie soll das geschehen, sondern dadurch, daß man den Verleumdungen Äußerungen anständig und gebildeter Menschen aus dem bürgerlichen Lager gegenüberstellt. An der Hand von Ansprüchen bürgerlicher Gelehrter, Staatsmänner, Geistlicher, Literaten, Politiker usw. gilt es zu zeigen, daß die Sozialdemokratie und der Sozialismus denn doch etwas anderes sind und zu bedeuten haben, als das, was die Handlanger des Reichsverbandes zur „Vertämpfung“ der Sozialdemokratie daraus machen. Der Herausgeber der Sammlung, der seit langen Jahren in der Parteipresse tätig ist, hat mit großem Fleiße all das gesammelt, was seit Jahren geritten durch die Presse gegangen ist. Es ist eine so reiche Fülle von Material zusammengetragen worden, daß man bald in Verlegenheit kommt, wohin man zuerst greifen soll. Die Dikreiter'sche Materialsammlung fällt gerade eine Lücke in unserer Agitationsliteratur aus und ist für jeden agitatorisch tätigen Genossen unentbehrlich. Wir empfehlen unseren Lesern diese Broschüre auf das angelegentlichste zur Anschaffung. Sie kostet bei einem Umfange von 80 Seiten, in kräftigem Umschlage geheftet, nur 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Druckerei des „Süddeutschen Volksboten“

